

S. 11. 1917

Die Christlichsozialen für das Parlament.

Parteilamlich wird verlautbart:

Die Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter hielt vorgestern und gestern mehrstündige Beratungen ab. Die vorgestrige Sitzung des Vorstandes galt der Vorbereitung der Tagesordnung für die gestrige Vollziehung. Turnusgemäß übernahm Landeshauptmann Prälat Häuser die Leitung der Klubgeschäfte und führte in beiden Beratungen den Vorsitz. An der gestrigen Vollziehung nahmen auch Landmarschall Prinz Siechtenstein, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Minister a. D. Dr. Gessmann und v. Witten sowie Oberkurator v. Steiner teil.

Nach einem beifällig aufgenommenen Berichte des Chefredakteurs Dr. Funder über die militärpolitische Lage berichtete Minister a. D. Dr. Gessmann über die allgemeine politische Lage. Landesausschuß Stöckler referierte über die Tätigkeit des Klubvorstandes seit der letzten Plenarberatung der Vereinigung, wobei er insbesondere dessen Beschluß, betreffend die Einberufung des Parlaments und die Arbeiten des gemeinsamen Vollziehungsausschusses mit dem Deutschen Nationalverbande, welche die Festsetzung der bekannten gemeinsamen Richtlinien ergaben, erläuterte und die Selbstverwaltungsfragen der Länder und Gemeinden erörterte. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes wurde von der Vereinigung einstimmig genehmigt. Abg. Dr. Mataja berichtete über den Verlauf der Tagung katholischer Parlamentarier und Vertreter in Zürich, Abg. Finkl über Ernährungsfragen.

Ueber alle diese Gegenstände wurde eine mehrstündige Debatte abgeführt, an der sich die meisten von den 50 anwesenden Mitgliedern der Vereinigung beteiligten. Das Hauptinteresse nahm die Einberufung des Reichsrates in Anspruch. Verschiedene Redner äußerten sich hiezu, alle waren einig darin, daß es im Interesse der gesamten Lage unseres Staates gelegen sei, daß der Reichsrat sobald als möglich zusammentrete. Speziell Abg. Dr. Mataja führte aus, die Notwendigkeit der Einberufung des Parlaments wachse von Tag zu Tag, die Hinausschiebung der Session stehe mit den programmatischen Erklärungen der Regierung im Widerspruch. Sehr warm setzte sich auch Bürgermeister Dr. Weiskirchner für die Einberufung ein. Die Beratung der Frage gipfelte schließlich in der vom Landesausschuß Stöckler dem Klub

vorgelegten Entschließung des Vorstandes vom 20. v. M.: „Der Vorstand gibt dem Befremden darüber Ausdruck, daß die Regierung in Betreff der Flottmachung des Parlaments bisher noch keine erfolgreichen Schritte unternommen hat. Die Vereinigung erwartet von der Regierung die baldigste Einberufung des Reichsrates und insbesondere von den beiden deutschen Ministern Doktor v. Baernreither und Dr. Urban die tatkräftigste Unterstützung bezüglich der Schaffung einer den ruhigen parlamentarischen Betrieb sichernden Geschäftsordnung.“ Dieser Beschluß wurde einstimmig mit Applaus angenommen. Abg. Finkl, General v. Guggenberg und M. Mayer sprachen sich dahin aus, daß der Klubvorstand sich sofort betreffend die Einberufung mit der Regierung und mit dem Deutschen Nationalverbande ins Einvernehmen zu setzen habe, welcher Wunsch erfüllt werden wird. Weiter beantragte Präsident Schraffl hiezu, daß von Klub wegen an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvestor herangetreten werde mit dem Ersuchen, die rascheste Einberufung einer gemeinsamen Konferenz der Parteiführer des Abgeordnetenhauses zu bewerkstelligen, damit dieselben zur Einberufungsfrage Stellung zu nehmen.